

Input zur Strategie- und Aktionsberatung der Initiative „Nie wieder Krieg“

Angesichts der Problemlage und Herausforderungen ist die Friedensbewegung hierzulande beängstigend schwach. Eigentlich müssten Millionen auf den Straßen sein, um gegen die Politik der Regierung zu protestieren, die uns „kriegstüchtig“ machen will und die in ungeheurem Umfang Geld für Hochrüstung rausschmeißt. Was den Sozialstaat ruinieren wird und uns nicht sicherer macht, sondern die Kriegsgefahr erhöht. Die politische Priorität dieser Regierung ist Hochrüstung und Kriegsvorbereitung, das müssen wir klarmachen und dagegen müssen wir Widerstand aufbauen. Es geht ihnen offenbar nicht darum, einen Krieg zu verhindern, sondern ihn führen und vermeintlich „gewinnen“ zu können.

Das zentrale Problem ist: Die Mehrheit glaubt den Propagandaerzählungen, dass „wir“ von Russland bedroht würden und deshalb Aufrüstung nötig sei. Viele begreifen auch überhaupt nicht, wie gefährlich die internationale Lage ist, wie sehr wir auf Krieg zusteuern. Und viele glauben auch die Erzählung, dass der Sozialstaat nicht mehr bezahlbar sei und sehen nicht den Zusammenhang zur Hochrüstung. Auch die Gewerkschaften und Sozialverbände tun leider alles, um diesen Zusammenhang totzuschweigen. Und die Umweltbewegung will nichts davon hören, dass das auch ökologisch eine Katastrophenpolitik ist.

Die Friedensbewegung muss der Kriegs - und Hochrüstungspolitik in aller Klarheit und mit Argumenten entgegentreten und diese Zusammenhänge deutlich machen. Zentral muss dabei der Bedrohungslüge widersprochen werden, sonst bringt alles andere auch nichts.

Gleichzeitig geht es darum, so breit wie möglich alle Kräfte zu sammeln, die sich der Aufrüstung und Militarisierung Deutschlands und Europas in Einzelpunkten oder insgesamt entgegenstellen. Ausgrenzungen und Spaltungen, wie es sie vielfältig gibt, kann sich die Friedensbewegung eigentlich nicht erlauben.

Sinnvoll und eine Stärke ist, dass verschiedene Gruppen zu verschiedenen Schwerpunkten aktiv sind, in ihren Orten, auf bestimmte Probleme wie Wehrpflicht oder Soziales fokussiert, oder für Solidarität mit bestimmten Ländern. Das ist sinnvoll und spricht unterschiedliche Bevölkerungsteile an. Es wäre wichtig, wenn dabei immer auch deutlich gemacht würde, dass sie alle zusammengehören als Teile der Friedensbewegung.

Wichtig sind daher auch gemeinsame Aktionen, bei denen überwiegende Kräfte der Friedensbewegung für gemeinsame Forderungen aktiv werden, etwa bei Aufrufen wie dem Berliner Appell oder bei großen Demonstrationen, in denen die ganze Breite der Positionen der Friedensbewegung in die Öffentlichkeit gebracht wird.

M.E. ist es eine Aufgabe deutlich machen, dass es einen Zusammenhang all der einzelnen Kämpfe gibt. Und das ist die dahinter liegende Politik der herrschenden Kreise in den imperialistischen Staaten des Westens, insb. der USA, die all das betreiben und durchsetzen, wogegen wir ankämpfen.

Die schrecklichen Entwicklungen der letzten Zeit bieten zugleich Ansatzpunkte für die Friedensbewegung. Zum einen wird offensichtlich, dass nicht Russland und schon gar nicht China, sondern die USA die größte Bedrohung für Frieden und das Selbstbestimmungsrecht sind. Und das größte Hindernis für eine Lösung globaler Probleme durch internationale Zusammenarbeit.

Zum zweiten werden die Doppelstandards und die Heuchelei der politischen und Medieneliten hierzulande deutlich. Statt die völkerrechtswidrigen Aggressionen der USA und Israels klar zu verurteilen und die Angegriffenen zu unterstützen, bezeichnen sie USA und Israel weiterhin als Partner und Verbündete und liefern ihnen Waffen und logistische Unterstützung. M.E. müssen wir hier noch viel offensiver die herrschende Politik angreifen!

Die Regierenden in Deutschland und der EU geben sich zwar manchmal entsetzt über Trump, aber im Endeffekt unterwerfen sie sich. In Bezug auf den Krieg in der Ukraine sind sie sogar diejenigen, die einen realistischen Friedensschluss blockieren und den Krieg gegen Russland fortsetzen wollen. Und Trump dient ihnen als zusätzliches Argument dafür, dass Deutschland und die EU jetzt aufrüsten müssten, weil wir uns nicht mehr auf den Schutz der USA stützen könnten. Als ob die USA nicht immer schon aus eigenen Interessen hier gewesen wären und auch bleiben werden. Mit ihren Stützpunkten wie Ramstein, die eine zentrale Rolle für die globale Machtprojektion der USA spielen. Aber auch Deutschland und die EU sind eben keineswegs „die Guten“, sondern selbst imperialistische Staaten, im Schlepptau der USA.

Dabei müssen wir uns nicht einig werden, wie wir die Weltlage nun genau theoretisch einordnen und bewerten. Und schon gar nicht darüber, wie wir die Rolle anderer geopolitischer Akteure nun genau sehen, Russland, China usw.. Wir müssen uns nur verständigen darüber, welche gemeinsamen Forderungen wir in unseren Aktionen vertreten. Und wir sollten uns einig sein, dass man über die Differenzen sachlich und solidarisch diskutieren kann.

Ein Problem ist aber, dass viele immer noch „den Westen“, die NATO, EU oder Deutschland für „die Guten“ halten und sich faktisch auf deren Seite stellen, gegen andere, angeblich „böse“ Staaten, sei es Russland, China, Iran oder sonstwen. Davon gibt es leider viele in den Gewerkschaften und auch in der Linkspartei und einige auch in traditionellen Organisationen der Friedensbewegung. M.E. müssen wir gegen solche Auffassungen eine klare politische Auseinandersetzung führen und sie zurückdrängen.

Und dann gibt es noch diejenigen, die offen die weitere Eskalation des Krieges in der Ukraine gegen Russland befürworten, die die verbrecherische Politik Israels

unterstützen und die Angriffskriege gegen den Iran und andere teils geradezu abfeiern und die Friedensbewegung diffamieren. Das sind Gegner der Friedensbewegung, die müssen bekämpft werden.

Wenn wir uns ansehen, was konkret in diesem Jahr ansteht an Aktionen der Friedensbewegung, wird die große Vielfalt deutlich, und das ist nicht vollständig:

- ständig weitere Aktionen gegen die Politik Israels in Palästina und Solidarität mit Rojava, das von den syrischen Islamisten und der Türkei angegriffen wird
- Aktionen gegen die immer neuen Aggressionen der USA: gegen Venezuela, gegen Kuba, gegen den bevorstehenden Angriff auf den Iran usw., dezentral wenn es konkret wird
- 5. März Schultreiktag und danach weitere Aktionen gegen Wehrpflicht und gegen Bundeswehr an Schulen und Hochschulen. Immer mehr KDV-Beratungen bieten Ansatzpunkte junge Menschen für die Friedensbewegung zu gewinnen
- 3. – 6. April finden wieder im ganzen Land die Ostermärsche statt
- 30. Mai Demonstrationen gegen die Stationierung von neuen US-Mittelstreckenwaffen in Grafenwöhr und in Wiesbaden. Aktionen in anderen Orten
- Viele weitere Aktionen gegen Militärstandorte und Veranstaltungen, gegen die Sicherheitskonferenz in München am 14. Februar, in Ramstein Friedenswoche 20.-28. Juni, gegen den Tag der Bundeswehr am 6. Juni, gegen die Bundeswehr auf dem Hessentag am 13. Juni usw..
- 20. Juni ist 85. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion, Kulturveranstaltung in Berlin gegen das Feindbild Russland
- Aktionen gegen Hochrüstung und Sozialabbau, mit gewerkschaftlichen und sozialen Gruppen. Bei den Veranstaltungen am 1. Mai, zum DGB-Kongress im Mai und noch wichtiger die vielen gewerkschaftlichen Konferenzen in diesem Jahr, insb. bei ver.di und IGM zur Vorbereitung von deren Bundeskongressen in 2027. Da denen friedensbewegte Gewerkschafter Anträge einbringen und Diskussionen führen. Aktionen gegen die Militarisierung des Gesundheitswesens, in Hochschulen usw. mit dort Tätigen
- es gibt die Idee einer großen Kulturveranstaltung im Herbst, die v.a. Jugendliche ansprechen soll
- Herbsdemonstrationen der Friedensbewegung, vielleicht wieder am 3. Oktober, in Berlin und vielleicht auch wieder an anderen Orten, Stuttgart, vielleicht weitere. Auch das sollten wir schon andiskutieren, es ist aber noch zu früh das zu klären.

Es wäre sinnvoll, wenn es gemeinsame und konstruktive Beratungen möglichst breiter Spektren der Friedensbewegung gäbe, in denen frühzeitig miteinander diskutiert und koordiniert wird, welche Aktionen in welchen Aktionsbündnissen anstehen und wie die in ein sinnvolles und solidarisches Verhältnis zueinander gesetzt werden können. Es wäre gut, wenn bei diesen Beratungen möglichst alle Spektren der Friedensbewegung einbezogen würden, der linken und antiimperialistischen wie der eher „bürgerlichen“ und der christlichen, der „alten“ wie der „neuen“.

Alle Menschen, Gruppen und Organisationen, auch Parteien, die die gemeinsamen friedenspolitischen Forderungen unterstützen, sollten in der Friedensbewegung willkommen sein. Die Grenzen der Zusammenarbeit sind bereits mehrfach in breiten Bündnissen formuliert worden: Gegen Rassismus, Antisemitismus und Faschismus, keine Zusammenarbeit mit rechtsextremen und demokratiefeindlichen Kräften!

Das sollte aber so ausgelegt werden, wie es da steht, und nicht als Vehikel, um Teile der Friedensbewegung auszugrenzen, die in manchen Fragen und auch in ihrer Offenheit gegenüber anderen politischen Kräften eine andere Haltung haben als man selbst. Die Friedensbewegung sollte sich darum kümmern, wie sie möglichst viele Menschen und gesellschaftliche Gruppen anspricht und einbezieht und nicht darum, wen sie alles nicht dabei haben will.

Zum Schluss: Es ist m.E. sehr wichtig, dass die Friedensbewegung aktiv vorgeht gegen die Einschränkung der Meinungs- und Informationsfreiheit und gegen die zunehmende Repression gegen Friedenskräfte. Besonders krasse Fälle sind hier die EU-Sanktionen gegen den Schweizer Jacques Baud und den Deutschen Hüseyin Dogru, die dadurch praktisch total entrechtet werden. Diese Maßnahmen richten sich gegen uns, die Friedensbewegung, darum ist es wichtig, dass wir da solidarisch sind, im eigenen Interesse.

Es geht um den Kampf um die Öffentlichkeit, um unsere Möglichkeiten, Gegeninformation und Aufklärung zu verbreiten. Und es tut mir ja leid, aber da man nicht allem Scheiß, der da verbreitet wird, im Einzelnen widersprechen kann, ist glaub ich die richtige Strategie, grundsätzlich die Massenmedien anzugreifen, weil sie keine ausgewogene und objektive Berichterstattung liefern, sondern oft völlig verzerrte und einseitige Propaganda. Wir müssen für das Prinzip gleicher Standards eintreten und dass immer auch die andere Seite gehört werden sollte, gegen pauschale Feindbilder.

Wir können doch gar nicht anders und müssen das auch viel stärker machen, die sozialen Medien und alternative Medien zu nutzen, weil wir in den großen Massenmedien kaum vorkommen und teils übel diffamiert werden. Die Friedensbewegung muss da viel mehr machen, auch um die jüngere Generation stärker zu erreichen.

Das ist nicht gegen Aktionen im echten Leben gemeint. Im Gegenteil, auch da müssen wir stärker präsent werden, vor Ort, wo die Menschen leben und arbeiten. Mit Ständen und Aktionen auf der Straße, mit örtlichen Veranstaltungen, durch Verteilen von Flyern, Stecken in Briefkästen, Aufkleber mit Friedensmotiven und Slogans im Stadtbild, durch Diskussionsbeiträge bei Veranstaltungen anderer, in Betrieben und in Organisationen. Besonders wichtig sind die Gewerkschaften, aber auch Sozialverbände, Sportvereine, Umweltgruppen, Schulen, Kultur und Kunst, Wissenschaft und Berufsgruppen. Die Leute kommen nicht zu uns und die Organisationen wollen die friedenspolitischen Diskussionen raushalten, um so mehr müssen wir zu den Leuten hingehen und sie konfrontieren. Soweit mein Input, danke für die Aufmerksamkeit.